

Grenzen der Pluralisierung

Wie die Deutschen über die neue religiöse Vielfalt denken

Von Prof. Dr. Detlef Pollack und Olaf Müller, Münster

Die öffentliche Diskussion um den Charakter und die sozialen Auswirkungen der religiösen Pluralisierung verläuft kontrovers. Ob es um Gruppen innerhalb des Christentums wie Charismatiker und Evangelikale geht, um Formen außerchristlicher Religiosität wie New Age, Esoterik und Reiki oder um Religionsgemeinschaften von Migranten: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die das Neue als eine Bereicherung unserer Kultur ansehen; oft streben sie den Dialog an, zuweilen setzen sie sich sogar für die partielle Aneignung des „Fremden“ ein. Auf der anderen Seite nimmt offenbar die Zahl derjenigen zu, die in der wachsenden Vielfalt der Religionen eine Bedrohung des sozialen Friedens sehen und auf die Assimilation des „Fremden“ drängen.

Unabhängig davon, ob man hier einer Politik des Vertrauens und des Austauschs den Vorzug gibt oder eine Haltung des Misstrauens und der Abwehr einnimmt, dürfte es nicht unwichtig sein zu wissen, wie die Bevölkerung in Deutschland mehrheitlich auf die wachsende religiöse und kulturelle Vielfalt reagiert – nicht zuletzt, um die angemessene politische Entscheidung treffen zu können. Betrachten die Menschen in Deutschland nichtchristliche Religionen als eine Ergänzung zu ihrer eigenen religiösen Orientierung, von der sie lernen und von der sie Teile vielleicht sogar übernehmen können? Oder nehmen sie das „Fremde“ eher als Bedrohung wahr, von der sie sich abgrenzen müssen? Oder als eine Herausforderung, die sie zur Stärkung ihrer eigenen kulturellen und religiösen Identität motiviert? In einem repräsentativ angelegten Forschungsprojekt, das unter dem Titel „Kirche und Religion im erweiterten Europa“ von der VolkswagenStiftung finanziell gefördert wird, sind die Mitarbeiter am Lehrstuhl für Religionssoziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) diesen und ähnlichen Überlegungen nachgegangen. Mit ihrer 2006 durchgeführten repräsentativen Studie, die in Kürze in veränderter Form neu aufgelegt werden soll, kommen sie zu interessanten Ergebnissen.

Die Frage, ob man eine größere Vielfalt religiöser Organisationen und Gruppen wünscht, um aus den unterschiedlichen Angeboten besser auswählen zu können, beantworteten die Deutschen mehrheitlich negativ. In Westdeutschland waren es nur 10 Prozent, die sich eine größere religiöse Vielfalt wünschten, in Ostdeutschland mit 7 Prozent noch weniger. Das spricht auf den ersten Blick nicht dafür, dass die Mehrheit der Bevölkerung die gewachsene Pluralität der religiösen Gemeinschaften als Bereicherung ansieht.

Gefragt danach, ob die Menschen in ihren religiösen Überzeugungen auf Lehren unterschiedlicher religiöser Traditionen zurückgreifen, bejahten dies 26 Prozent der Befragten in Westdeutschland und 16 Prozent der Befragten in Ostdeutschland. Von denen, die konfessionell gebunden sind, wöchentlich den Gottesdienst besuchen und sich zum Glauben an Gott als Person bekennen, glaubten zum Beispiel nur etwa 15 Prozent auch an die Wirkungen von Magie, Okkultismus und Spiritualismus, während etwa 85 Prozent von ihnen derartige Wirkungen eher bezweifelten. Im Großen und Ganzen lässt sich also sagen, dass die Vermischung unterschiedlicher Religionstraditionen nur bei Minderheiten vorzufinden ist. Auch wenn in der Öffentlichkeit und in der religionssoziologischen Fachliteratur viel vom neuen religiösen Synkretismus die Rede ist, begegnen anscheinend nur wenige Menschen Formen einer nichtchristlichen Religiosität mit Offenheit.

Stattdessen wird die wachsende Vielfalt religiöser Gruppierungen in der Gesellschaft von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung als eine Ursache von Konflikten angesehen. In Westdeutschland nahmen den Ergebnissen der Studie zufolge etwa 72 % der Bevölkerung die steigende religiöse Pluralität als eine Ursache für gesellschaftliche Spannungen wahr, in Ostdeutschland waren es 69 Prozent. Auch das Gefühl einer Bedrohung des eigenen Landes durch fremde Kulturen war nicht selten anzutreffen. In West- wie auch in Ostdeutschland bekundete immerhin fast jeder Zweite, sich durch fremde Kulturen bedroht zu fühlen. Die Furcht vor dem Konfliktpotential religiöser Vielfalt und vor dem Verlust der eigenen kulturellen Fundamente durch fremde Einflüsse fand sich bei religiösen Personen in gleichem Maß wie bei denjenigen, die sich als wenig oder als gar nicht religiös bezeichneten. Derartige Wahrnehmungen scheinen demnach nicht dazu zu führen, dass sich die Menschen auf ihre eigene Religiosität besinnen und diese zu stärken versuchen.

Die Beobachtung, dass die Wahrnehmung fremder Religionen als Hort von Konflikt und Bedrohung nicht eine Intensivierung der eigenen religiösen Vorstellungen und Praktiken mit sich bringt, überrascht, denn eine solche Intensivierung wäre angesichts der Herausforderung durch das zunehmende Gewicht fremder Religionen und das dadurch ausgelöste Konflikt- und Bedrohungsgefühl plausibel – und genau eine solche Hypothese wird von vielen Religionssoziologen auch vertreten. Dass das durchaus beachtliche Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung nicht zu einer Vitalisierung der religiösen Überzeugungen und Praktiken führt, dürfte nicht zuletzt mit der immer schwächer werdenden Verankerung des Christentums in der Bevölkerung zusammenhängen.

Das bedeutet freilich nicht, dass die empfundenen Spannungen zu anderen Religionen überhaupt keine Auswirkungen auf das religiöse Feld hätten. In Deutschland ist in den letzten Jahren das Bild von den fremden Religionen immer kritischer geworden, insbesondere vom Islam, von dem man die stärksten Bedrohungen ausgehen sieht. Im selben Zuge hat sich das Image des Christentums mehr und mehr zum Positiven entwickelt. Vergleicht man die Ansichten über den Islam und das Christentum, wie sie in der deutschen Bevölkerung vertreten werden, dann gewinnt man den Eindruck, dass die jeweiligen Vorstellungen geradezu spiegelbildlich entworfen sind. Das Christentum gilt der Mehrheit der Bevölkerung als

geprägt durch Nächstenliebe, Achtung der Menschenrechte, Wohltätigkeit, Engagement für Benachteiligte und Friedfertigkeit; der Islam dagegen steht für Benachteiligung der Frau, für Fanatismus, Rache und Vergeltung, Gewaltbereitschaft, Rückwärtsgewandtheit und missionarischen Eifer, gepaart mit dem Streben nach politischem Einfluss.

So führten nach Untersuchungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie im Jahre 2006 91 Prozent der deutschen Bevölkerung die Benachteiligung der Frau als charakteristisch für den Islam an, schrieben 83 Prozent dem Islam Fanatismus zu und attestierten ihm 60 Prozent einen Mangel an Demokratie, während sich der Anteil derer, die dem Christentum Nächstenliebe, die Achtung der Menschenrechte und Friedfertigkeit zuschrieben, auf 80 Prozent, 71 Prozent beziehungsweise 68 Prozent belief.

Auch wenn man in der positiven Bewertung des Christentums im Gegenüber zum Islam durchaus eine Tendenz zur religiösen Selbstbehauptung sehen könnte, ist doch die Reaktion auf die Wahrnehmung des Religiösen als Spannungsherd viel stärker durch eine Art Strategie der säkularen Abgrenzung charakterisiert, mit der man die Grundwerte der eigenen Kultur offenbar gegen fremde Einflüsse verteidigen will. So zeigen sich die Deutschen als Befürworter einer klaren Trennung von Religion und Politik: 73 Prozent der Westdeutschen und 80 Prozent der Ostdeutschen waren zum Zeitpunkt der Befragung gegen eine explizite Verankerung des Gottesbegriffs in der europäischen Verfassung; 70 Prozent der Befragten in West- und Ostdeutschland würden es nicht begrüßen, wenn die Kirchenoberhäupter Versuche unternähmen, Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen.

Ein etwa genauso großer Anteil der Befragten sprach sich gegen eine Einschränkung von Wissenschaft und Forschung durch religiöse Normen und Werte aus. Die Politik, die Wissenschaft und, man kann annehmen, auch das Recht, die Wirtschaft, die Medizin und andere gesellschaftliche Bereiche sollen nach Meinung der übergroßen Mehrheit der Deutschen also frei von jeglicher religiöser Beeinflussung bleiben.

Insgesamt lässt sich also sagen, dass die zunehmende Vielfalt religiöser Gruppierungen und Organisationen nicht so sehr als Bereicherung, sondern mehr als Bedrohung angesehen wird. Auch wenn, wie oft behauptet, der Anteil derer, die ihre religiöse Überzeugung aus unterschiedlichen Religionstraditionen zusammenstellen, in den letzten Jahren und Jahrzehnten gestiegen sein mag, überwiegen doch die Zurückhaltung gegenüber dem Fremden, die Abwehr und die Skepsis.

Gleichzeitig ist die große Mehrheit durchaus nicht für eine Ausgrenzung des Islam aus der Gesellschaft. In Deutschland sprachen sich den Allensbacher Untersuchungsergebnissen zufolge trotz der verbreiteten Bedrohungs- und Angstgefühle drei Viertel der Bevölkerung für den Islam-Unterricht an den öffentlichen Schulen aus, nur 17 Prozent wollten ihn grundsätzlich verbieten lassen.

Toleranz gegenüber anderen Überzeugungen und Weltanschauungen stellt auch in Deutschland durchaus einen hoch akzeptierten Wert dar. Die meisten Menschen wollen aber offenbar nicht, dass die Art und Weise, wie sie leben, und das, was sie in

ihrem Leben als wichtig ansehen, durch den Einfluss von als fremd angesehenen Religionen und Kulturen gefährdet wird. Als kritisch denkender Zeitgenosse mag man sich wünschen, dass die Deutschen in ihrer Mehrheit gegenüber diesen wachsenden kulturellen Einflüssen offener sind, als es die hier präsentierten Daten ausweisen. Als das Zeitgeschehen beobachtende Historiker und Soziologen haben wir allerdings zunächst einmal die Aufgabe, auf die empirisch feststellbaren Tendenzen aufmerksam zu machen. Wie auf sie angemessen zu reagieren ist, muss uns alle beschäftigen.

Um die mit der wachsenden religiösen Pluralisierung verbundenen Probleme genauer studieren zu können, bereiten die Mitarbeiter des Lehrstuhls für Religionssoziologie derzeit eine weitere Studie vor, die die Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in der Bevölkerung in ausgewählten europäischen Gesellschaften untersuchen soll. Dabei wird es insbesondere darum gehen herauszufinden, welche politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Faktoren die Art des Umgangs mit religiösem Pluralismus prägen.

Auf diese Weise versucht das Projekt einen Beitrag zu einer Frage zu leisten, wie sie auch im Antrag der Universität Münster auf Einrichtung des Exzellenzclusters „Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne“ formuliert ist: Wie kann religiöse Pluralität in einer Gesellschaft politisch und sozial integriert werden? Neben der Untersuchung der rechtlichen und symbolischen Verfahren zur Eingrenzung religiösen Konfliktpotentials ist es auch erforderlich zu erfassen, wie die Bevölkerung auf die Probleme zunehmender religiöser Pluralität reagiert, welche Vorstellungen sie von der Konsens stiftenden Kraft der Religionen besitzt und wie sie das Verhältnis von Kirche und Staat beziehungsweise Religion und Politik geregelt wissen will, denn die Wirksamkeit rechtlicher und politischer Regelungen hängt in hohem Maße von ihrer sozialen und kulturellen Akzeptanz ab.